

## BILDUNGSPOLITIK IN BRANDENBURG – EIN ABRISS

Zu Beginn der Legislaturperiode versprach die rot-rote Landesregierung den Haushalt zu konsolidieren, überall zu sparen, außer im Bildungsbereich. Bildung sollte ein Schwerpunkt der Landespolitik werden. Es sollte die durchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation des Landes von 15,4 zu 1 gehalten wer-

den. Zugleich sollte durch das Lieblingsprojekt der SPD, das Schüler-BAFÖG, für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt werden, indem auch Kinder aus einkommensschwachen Familien sich das Abitur leisten könnten. Das Schüler-BAFÖG wurde eingeführt, ein Wirkungsnachweis steht aus.

Das andere Versprechen, im Bildungsbereich nicht zu sparen, kippte sukzessive. Zuerst traf es die Schulen in freier Trägerschaft, die seit Jahren in Zahl und Größe wachsen, während die Schülerzahlen staatlicher Schulen sinken. Freie Schulen in Brandenburg bekommen derzeit einen Zuschuss zu den

 ZUM AUTOR


Prof. Dr. Henning Schluß  
Fakultät für Philosophie und  
Bildungswissenschaft der  
Universität Wien

Personalkosten von 94 Prozent einer vergleichbaren staatlichen Schule. In den letzten Jahren wurde er kontinuierlich von 97 Prozent abgesenkt. Für die Sachkosten müssen die Träger aufkommen und legen sie größtenteils aufs Schulgeld um. Freie Schulen kosten das Land damit weniger Geld als eigene Schulen. Die SPD-Fraktion verkündete im Februar 2011, der Aufbau der Schulen in freier Trägerschaft im Land sei abgeschlossen, weil das Niveau westlicher Bundesländer erreicht sei. Statt die Abwanderung aus der staatlichen Schule durch deren Verbesserung zu stoppen, setzte die Landesregierung auf den Schneewittchen-effekt: Wer schöner ist als wir, der muss gehen.

Diese Argumentation verwarf der parlamentarische Dienst des Landtages, indem er klarstellte, dass die Einrichtung von Schulen in freier Trägerschaft ein verfas-

sungsmäßig garantiertes Recht ist, das eine Partei nicht als fürderhin nicht mehr notwendig aussetzen könne. Gleichwohl hat die rot-rote Koalition angekündigt, die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft künftig jährlich um zwei Prozent zurückzufahren. Auch diese zunächst unbegrenzten Pläne kritisierte der Parlamentarische Dienst, indem er darauf hinwies, dass die Bezuschussung von Schulen in freier Trägerschaft in der brandenburgischen Landesverfassung explizit vorgeschrieben ist. Die Zuschussreduzierung freier Schulen wurde jedoch sogar verschärft beschlossen. In den nächsten zwei Jahren sollen bis zu 20 Prozent gespart werden. Allein im nächsten Schuljahr sollen den freien Schulen 4,8 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als bislang geplant. Die Einnahmeverluste können die freien Träger nur durch Schulgelderhöhungen kompensieren, wenn die Lehrergehälter nicht weiter sinken sollen, die schon jetzt in der Regel unterhalb des Niveaus staatlicher Kollegen angesiedelt sind. Träger, die in diese Abwärts-Dynamik nicht einsteigen, weil sie das sich aus dem Grundgesetz ergebende Sonderungsverbot nach finanziellen Möglichkeiten ernst nehmen, bleiben auf der Strecke.

Besonders perfide ist das Argument des Ministeriums, dass die freien Träger zur Kompensation der wegfallenden Zuschüsse sich

ja nicht an die Tarifverträge halten müssten. Es dürfte ein einmaliger Vorgang sein, dass ein sozialdemokratisch geführtes Ministerium zum flächendeckenden Bruch der Tarifverträge auffordert. Wie das der Wettbewerbsverzerrung um die raren Lehrkräfte im Land entgegenwirken soll, wenn der Monopolist nach Tarif bezahlt, die Mitbewerber dies aber vom Monopolisten untersagt bekommen, bleibt das ewige Geheimnis der rot-roten Landesregierung. Irgendwer hat dort in der Schule anscheinend nicht richtig aufgepasst, als das Thema „Wettbewerb“ drankam.

Während man gewöhnlich unter einem fairen Wettbewerb versteht, dass es annähernd gleiche Startchancen gibt und die besseren Entwürfe sich durchsetzen, definiert die brandenburgische Landesregierung Wettbewerb so, dass der Monopolist den Mitbewerbern die Mittel nimmt. Die Wettbewerbsverzerrung sieht sie darin, dass immer mehr Eltern ihre Kinder nicht in ihre schönen staatlichen Schulen schicken wollen. In der Ideologie der Landesregierung bedeutet dies, dass allein die bloße Existenz freier Träger ja der Beweis ist, dass es ihnen noch zu gut geht. Dem müsse durch Mittelkürzung abgeholfen werden. Mit einem solchen Schlag gegen das freie Schulwesen hatte keiner gerechnet. Er sucht in der Bundesrepublik seinesgleichen. Mit Bildungspluralis-

mus hat das nichts mehr zu tun – hier geht es um nichts weniger als um den Versuch der Rückverstaatlichung des Bildungswesens. Ein Versuch, der Erfolg verspricht, denn der größte freie Schulträger im Land hat alle bereits angelaufenen Gründungen abgesagt.

Die aktuelle Vorgabe des Finanzministers lautet, der Bildungsbe- reich muss 20 Millionen Euro einsparen, womit auch die Schulen in staatlicher Trägerschaft betroffen sind. Um die Schüler-Lehrer Korrelation von 15,4 zu 1 im Durchschnitt zu halten, werden in den nächsten zehn Jahren 6.000 Leh-

rinnen und Lehrer eingestellt werden müssen. So errechnete es die Studie des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner. Brandenburg bildet selbst aber nur knapp über 400 geeignete Lehramtskandidaten pro Jahr aus. Die fehlenden 200 werden also von außerhalb angeworben werden müssen. In diesem Jahr gehen aber noch nicht so viele Kollegen in den Ruhestand, so dass man keine 400 neuen Stellen schafft, sondern nur 250. Dies bedeutet jedoch nicht, dass 250 neue Lehrer in das System kommen, denn ein Großteil der Stellenanteile wird für die Aufstockungen

bestehenden Personals benötigt. Wo in den kommenden Jahren die vielen fehlenden Lehrkräfte herkommen sollen, bleibt von der Brandenburgischen Landesregierung unbeantwortet.

Die neue brandenburgische Bildungsministerin Dr. Martina Münch (SPD) betont zuweilen, dass ihr an der Bildungspolitik deshalb so viel liege, weil sich an ihr die Fähigkeiten der Jugend und mit diesen sich die Zukunft des Landes entschiede. Hoffen wir, dass sie sich irrt.

Prof. Dr. Henning Schluß

## Anzeige



## Schulgebäude mit System: wirtschaftlich, schnell und nachhaltig

konzipieren bauen betreuen. [www.goldbeck.de](http://www.goldbeck.de)

 **GOLDBECK**

GOLDBECK Ost GmbH | Geschäftsbereich Schulen  
Zum Bahndamm 18 | 08233 Treuen  
Tel. 037468/69-0, Fax -6239